Kolleginnen und Kollegen,
wir haben eine klare Position gegen Bundeswehreinsätze im Inland. 2007 hat unser Gewerkschaftstag eindeutig beschlossen: *„Die IG Metall lehnt die Einschränkung von Bürgerrechten und Grundgesetzänderungen unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ entschieden ab. Dazu gehört insbesondere der Einsatz der Bundeswehr im Inneren...“.*

Wir müssen den Militäreinsatz im Inneren und die angestrebte Grundgesetzänderung der Großen Koalition verhindern.

Fordert die Bundestagsabgeordneten der SPD und FDP auf, die geplante Grundgesetzänderung abzulehnen. Schreibt ihnen, besucht sie in ihren Büros, diskutiert mit ihnen. Unternehmt alles, damit nie wieder deutsche Soldaten gegen die Gewerkschafts- und demokratische Bewegung eingesetzt werden. Machen wir endgültig Schluss mit der langen Tradition des Militäreinsatzes im Inland sowie im Ausland. Machen wir Schluss mit der Tradition von Blut und Schande.
Wir sind gefragt!

Die „Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik in der IG Metall Frankfurt und verdi Frankfurt“ beschäftigt sich mit Themen wie den Bundeswehreinsätzen im In- und Ausland, dem Staatsumbau und dem Notstand der Republik, gegen den auf unserem letzten Gewerkschaftstag aus verschiedenen Orten und Betrieben Anträge vorlagen. Wir führen Veranstaltungen durch, referieren bei Vertrauensleuten und haben uns beteiligt an der „Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik“ im März dieses Jahres im Frankfurter Gewerkschaftshaus.
Die Broschüre darüber könnt ihr bei uns beziehen (Kosten: 3 Euro), ihr könnt uns als Referenten einladen und wir können uns je nach Bedarf über die brisante Thematik mit euch unterhalten. Gerne könnt ihr bei uns mitmachen.

Wendet euch an die IG Metall Verwaltungsstelle in Frankfurt:
069-242531-0 oder per mail: Heinz.Klee@t-online.de

Arbeitsgruppe
GEGEN DEN NOTSTAND DER REPUBLIK
in der IG Metall Frankfurt und verdi Frankfurt

V.i.S.d.P.: Heinz Klee

Arbeitsgruppe
GEGEN DEN NOTSTAND DER REPUBLIK
in der IG Metall Frankfurt und verdi Frankfurt

Die Berliner Regierung will die Bundeswehr im Inland einsetzen. Dafür soll das Grundgesetz geändert werden. Die IG Metall ist gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Nein

zum Einsatz des Militärs
gegen die Arbeiterbewegung
und die Bevölkerung

„Es gibt in Deutschland eine lange Tradition des Militäreinsatzes im Inneren. Es ist eine Tradition von Blut und Schande“ warnte die Süddeutsche Zeitung am 23. Februar 2006. In der Tat: Die Liste der blutigen Niederschlagung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durch das deutsche Militär ist lang.

Soldaten des JgBtl 292 bei der Ausbildung gegen Demonstranten im Blaumann

Niederschlagung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durch das deutsche Militär

1848
„Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, unter diesem Schlachtruf schlägt deutsches Militär die bürgerliche Revolution nieder.

1889
„Und ich werde alles über den Haufen schießen lassen, was sich mir widersetzt“ droht Kaiser Wilhelm II. den streikenden Bergarbeitern im Ruhrgebiet. Deutsche Soldaten erschießen über 20 Arbeiter, Dutzende erleiden schwere Verletzungen. Die Herrschenden bezeichnen die kämpfenden Arbeiter als „Terroristen“.

1914 bis 1918
Während des I. Weltkriegs lassen die Kanonenkönige um Krupp und Thyssen die Regierung den Belagerungszustand ausrufen. Ein wesentlicher Teil der Macht im Inneren wird dem Militär übertragen. Vier lange Jahre herrscht ein regelrechtes Militärzuchthaus in Deutschland.

1918
Die Revolution der Arbeiter beendet das Gemetzel des I. Weltkriegs. Der sozialdemokratische Innenminister Noske erklärt: *„Einer muss der Bluthund sein“* und lässt viele Arbeiter vom Militär niederschießen. Hunderte sterben. Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Offiziere.

1919
Kämpfe der Arbeiter für die Fortsetzung der Revolution. Die Reichswehr ermordet über 1.200 Arbeiter, Frauen und Kinder.

1920
Generalstreik gegen den reaktionären Kapp-Putsch. Einsatz der Reichswehr. Ein Soldat schreibt: „Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann mit der Kugel*“.*

1933 bis 1945
Die Reichswehr vereinigt sich mit den Nazis und baut die faschistische Wehrmacht auf. Die Polizei erhält „Militäraufgaben“ gegen die eigene Bevölkerung.

1945
Potsdamer Abkommen: Die Alliierten Staaten USA, England und Sowjetunion schreiben fortschrittliches Völkerrecht: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet“, Deutschland darf keine Armee mehr haben.

1956
Gründung der Bundeswehr. 90% der Offiziere kommen aus der faschistischen Wehrmacht und waren an Kriegsverbrechen beteiligt.

1967
Bundeswehr übt in Hannover die Niederschlagung von Streiks - gegen die, einen Steinwurf entfernt streikenden Hanomag-Arbeiter.

1990
Die Bundeswehr stößt bis zur Oder-Neiße-Grenze vor. Aus der „Armee der Einheit“ wird die „Armee im Einsatz“, schreibt Verteidigungsminister Jung im Weißbuch der Bundesregierung 2006.

Übung des BGS gegen Streikende 1984

Mit Kanonen gegen den inneren Feind

.... Nach einer für das Manöver entworfenen »realistischen Lage« (siehe Dokument) sollen die Grenz-schützer damit nach den »Massenstreiks« um die 35-Stunden-Woche gegen rechts- und linksextremistische Umstürzler vorgehen

2006
Bundeswehr wird beim Papst-Besuch und der Fußball-Weltmeisterschaft im Inland eingesetzt.

2007
Panzer und Tornado-Jagdflugzeuge beim G8-Gipfel in Heiligendamm gegen Demokraten und Gewerkschafter im Einsatz.

2008
Die Berliner Regierung will den Einsatz der Bundeswehr im Inland im Grundgesetz festschreiben. Angeblich zum Kampf gegen Terroristen. Doch von Terrorismus findet sich im Gesetzentwurf kein Wort. Die Bundeswehr soll *„zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles“* eingesetzt werden können. Was genau solche Unglücksfälle sind, lässt das Gesetz bewusst offen. Noch schlimmer! Die Bundeswehr kann schon marschieren, wenn ein solches Unglück vermutet wird bzw. bevor es eingetreten ist, nämlich *„zur Abwehr“*. Auch soll nicht mehr das Parlament über den Einsatz entscheiden sondern die Bundesregierung. Schlimmer noch: *„Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister“.*

Das ist ein Ermächtigungsgesetz für einen vermuteten und nicht näher definierten Unglücksfall zum Einsatz der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung. Das will die Große Koalition beschließen.
Allerdings regt sich Widerstand in der SPD und bei der FDP. Die FDP will im Bundesrat ihre Zustimmung nicht geben. SPD-Abgeordnete fordern von SPD-Justizministerin Zypries die Definition von *„besonders schweren Unglücksfällen“* im Gesetz, was diese verweigert.